

---

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

## **KNELL ZU WOLFSRISSEN UND SICHTUNGEN IN HESSEN**

17.05.2019

---

- **Meldungen von Wolfsrissen und Sichtungen sorgen zunehmend für Besorgnis**
- **Landesregierung muss mehr tun als Zaunhöhe empfehlen**
- **Wolf ins Jagdrecht aufnehmen**

WIESBADEN - „Die Berichte von Wolfssichtungen in verschiedenen Teilen Hessens und über die Ansiedlung einer Wölfin in der Rhön sowie die Risse mehrerer Schafe in Kalbach, Licherode und Bebra-Iba, sorgen zunehmend für Besorgnis bei den Bürgerinnen und Bürgern und den Weidetierhaltern in der Umgebung. Die Anzeichen dafür, dass sich auch in Hessen nun ein Wolfspaar angesiedelt hat und weitere Wölfe folgen werden, werden immer offensichtlicher. Es wird Zeit, dass die Landesregierung mit der Verharmlosung des Wolfes aufhört und den Menschen reinen Wein einschenkt. Bei jeder Wolfssichtung wird von einem durchreisenden Einzelgänger gesprochen, dabei werden offensichtlich auch zunehmend Paare gesichtet, wie zuletzt in der Gegend um Licherode und Knüllwald“, erklärt die umweltpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Wiebke KNELL.

Knell weiter:

„Es reicht nicht, immer nur höhere Zäune zu empfehlen, die der Wolf angeblich nicht überwinden kann. Wir brauchen ein ganzheitliches Wolfsmanagement, das sicher stellt, dass der Wolf im Wald bleibt und keine Weidetiere angreift. Gewöhnt sich der Wolf an das Reißen von Weidetieren, wird er schnell zum Problem. Die Haltung von Rindern, Schafen, Pferden, Ziegen und anderen Weidetieren muss weiterhin in unserer Kulturlandschaft möglich sein ohne ständige Angst vor dem sich ausbreitenden Wolf. Wir Freien Demokraten fordern ein pragmatisches Handeln im Umgang mit dem Wolf. Dazu gehört

auch, dass wir den Wolf ins Jagdrecht aufnehmen müssen. Nur so gibt es Rechtssicherheit für die Jäger, um im Zweifel Problemwölfe entnehmen zu können und zwar nicht erst, wenn das Tier zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit wird.“

---

**Kontakt:**

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)